

Pressemitteilung

DKG zur DKI-Blitzumfrage zur Krankenhausreform

Fast 70 Prozent der Krankenhäuser sehen ihre Existenz gefährdet

Berlin, 26. Juli 2023 – Der weit überwiegende Teil der Krankenhäuser blickt pessimistisch in die Zukunft und sieht die anstehende Krankenhausreform mit großer Skepsis. Das ist das Ergebnis einer Blitzumfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Besonders dramatisch schätzen die Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Perspektive ein. 69 Prozent der Kliniken sehen ihre Existenz kurz- und mittelfristig gefährdet, fast kein Krankenhaus kann seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen decken. Große Zweifel hegen die Kliniken daran, dass die Krankenhausreform in wesentlichen Feldern Verbesserung bringen würde. Nur 11 Prozent erwarten, dass sie durch die Krankenhausreform mehr Personal gewinnen können. Immerhin begrüßt die Mehrheit der Krankenhäuser, dass die Fallpauschalen durch Vorhaltepauschalen ergänzt werden sollen; eine langjährige Forderung der DKG wird damit umgesetzt. Keinerlei Hoffnungen setzen die Krankenhäuser in die Versprechen des Bundesgesundheitsministers, die Reform werde für weniger Bürokratie und weniger wirtschaftlichen Leistungsdruck sorgen. Zwei Drittel halten die Ankündigung der „Entökonomisierung“ für ein leeres Versprechen, und sogar 91 Prozent erwarten keinerlei Entlastung bei der Bürokratie.

Dazu erklärt der Vorstandsvorsitzende der DKG, Dr. Gerald Gaß: „Gerade die dramatisch pessimistischen Aussichten der Krankenhäuser auf ihre eigene Zukunft müssten ein Weckruf an den Minister und die Bundesregierung sein, jetzt kurzfristig zu handeln und die Kliniken mit einem Inflationsausgleich von den extrem gestiegenen Kosten zu entlasten, die sie selbst nicht mehr tragen können. Wir machen uns daher vor allem Sorgen um die kommenden Jahre, in denen die Reform noch nicht greifen wird. Es bleibt fraglich, wie viele Krankenhäuser die Reform unter den jetzigen schweren wirtschaftlichen Bedingungen überhaupt erleben

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

SEKRETARIAT
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

werden. Aber auch die politisch propagierten Ziele der Reform werden absehbar nicht erreichbar sein. Dass sich die Personalsituation verbessern wird, ist illusorisch. Wenn Krankenhäuser regional schließen müssen, werden die Pflegekräfte im Regelfall nicht einfach wie ein Wanderzirkus in das nächste große Krankenhaus weiterziehen. Bisherige Schließungen von Standorten haben gezeigt, dass sich die Pflegekräfte vielmehr neue Arbeitgeber in der Nähe ihres Wohnortes suchen. Ein echtes Potential hätte die Politik beim Thema Entbürokratisierung. Kaum ein Krankenhaus hat hier aber noch Hoffnung, dass die Reform etwas an der immensen Belastung der Beschäftigten in den Kliniken ändern würde. An keiner Stelle sind in den Eckpunkten konkrete Maßnahmen zur Entbürokratisierung beschlossen worden. Pflegekräfte müssen heute drei Stunden ihres Arbeitstages mit Dokumentationsarbeiten verbringen. Das zeigt, welches enormes Arbeitskräftepotential konsequente Entbürokratisierung freisetzen könnte. Das politische Versprechen der Entbürokratisierung wird zum Bumerang, denn die Beschäftigten spüren, dass der wirtschaftliche Druck in den Krankenhäusern noch nie so groß war wie heute. Wahrscheinlich werden etliche Krankenhäuser in den kommenden Monaten Notlagentarifverträge abschließen müssen, da sie die vereinbarten zweistelligen Tarifsteigerungen unter den gegebenen Bedingungen nicht schultern können.

Dass Minister Lauterbach seine Krankenhausreform hinter verschlossenen Türen in einem kleinen ausgewählten Kreis entworfen hat, war und ist ein Fehler. Die große Skepsis der Kliniken zeigt, dass eine breite Diskussion unter Beteiligung der Krankenhäuser und Fachleuten für Krankenhausorganisation für weitaus mehr Legitimation aber auch Praxisnähe gesorgt hätte. Jetzt heißt es nachbessern und das Vertrauen der Krankenhäuser zurückgewinnen, denn eine Reform der stationären Versorgung in Deutschland wird gebraucht. Die Krankenhäuser werden sich einer solchen auch weiterhin nicht verschließen und stehen als konstruktive Partner bereit.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.887 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 127 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.